



Plenartagung

Schwerpunkte der Plenarsitzung vom 12. bis 15. September 2011

- Frontex erhält neue Befugnisse für eine effektivere EU-Grenzkontrolle** 4
- Europäische Grenzkontrollteams werden ab Ende 2011 die äußeren Grenzen der EU kontrollieren. Überdies wird ein Sonderinspekteur gewährleisten, dass die EU-Grundrechte bei Einsätzen der Grenzschutzagentur gewahrt bleiben. Am Dienstag wird das Europäische Parlament über die vorgeschlagenen Änderungen des Frontex-Mandats abstimmen.
- Energiemarkt: Großhändler müssen Geschäfte künftig offenlegen**..... 5
- Am Mittwoch werden über neue Regeln abgestimmt, um Missbrauch im Energiegroßhandel vorzubeugen und damit den Endkunden zu schützen. Der Großhandel soll dadurch EU-weit unabhängig beobachtet werden, damit Mitgliedstaaten wettbewerbsfeindliches Verhalten vorbeugen und bestrafen können.
- Debatte über die Krise in der Eurozone**..... 6
- Am Mittwochvormittag wird das Parlament mit Vertretern von Kommission und Rat über die andauernde Krise in der Eurozone diskutieren. Unmittelbare Interventionsmöglichkeiten wie die Erweiterung des EU-Rettungsmechanismus sowie langfristige Lösungen zur Wahrung der Stabilität in der Eurozone - etwa Eurobonds und Economic Governance - werden im Zentrum der Debatte stehen.
- Rat präsentiert gemeinsame Position zum Haushalt 2012**..... 7
- Der Rat der EU-Finanz- und Haushaltsminister wird nächsten Mittwoch in Straßburg seine Position zum Haushaltsvorschlag der Kommission für 2012 vorlegen. Die Minister wollen die Erhöhung des Haushalts auf 2,9 % bei den Zahlungsverpflichtungen (langfristige Schätzungen) und auf 2,02 % für tatsächliche Ausgaben beschränken. Die Kommission hat 3,7 % bzw. 4,9 % vorgeschlagen.
- Libyen, Syrien und die Hungersnot in Ostafrika**..... 8
- Die Abgeordneten werden am Mittwochnachmittag die neuesten Entwicklungen in Libyen und Syrien erörtern. Es soll überprüft werden, wie das libysche Volk unterstützt und welcher Beitrag zum Wiederaufbau des Landes geleistet werden können. Die EU hat vor kurzem Ölimporte aus Syrien in Reaktion auf Präsident Bashar al-Assads Niederschlagung der pro-demokratischen Demonstrationen verboten.
- Polnischer Präsident spricht vor dem Europäischen Parlament**..... 9
- Polens Präsident Bronislaw Komorowski wird in einer feierlichen Sitzung am Dienstagmittag zu den Europaabgeordneten in Straßburg sprechen. Polen hat derzeit den Ratsvorsitz der EU, der turnusmäßig alle sechs Monate wechselt, inne.
- Kosten und Wirksamkeit von 10 Jahren Anti-Terrorismuspolitik**..... 10
- Maßnahmen und Ausgaben zur Bekämpfung von Terrorismus in Europa nach dem 11. September 2001 sollten einer fundierten Bewertung unterzogen werden. Diese umstrittene Forderung ist Gegenstand eines Entschließungsantrags des Ausschusses für Bürgerrechte, der dem Plenum am Dienstag zur Abstimmung vorgelegt wird. Maßnahmen zum Schutz vor Terrorismus müssen verhältnismäßig sein, das heißt dem Grad der Bedrohung angemessen, so in dem Entschließungsentwurf.
- Offshore-Bohrungen: Forderung nach Verstärkung des Umweltschutzes**..... 11



Plenartagung

Offshore-Bohrungen nach Öl oder Gas in der EU sollte nur erlaubt werden, wenn die Firma einen angemessenen Notfallplan vorgelegt hat und wenn sie über ausreichende Mittel zur möglichen Reparatur der Umwelt verfügt. "Informanten" sollen angemessen geschützt werden.

Österreichische und niederländische Arbeitslose sollen EU-Unterstützung erhalten 12

Das Parlament wird am 14. September über die Freigabe von 9 506 036 Euro aus dem Europäischen Globalisierungsfond abstimmen. Die Geldmittel sollen 430 Arbeitern in Österreich zugute kommen, die ihren Arbeitsplatz in 55 Betrieben der Metall- und Elektronikindustrie verloren haben.

Den Kampf gegen Korruption in EU-Ländern verstärken..... 13

Die EU-Parlamentarier drängen den Rat und die Kommission, sich eines starken politischen Einsatzes aller EU-Ländern zu versichern, um Korruption zu bekämpfen und Regeln, die darauf abzielen, stärker durchzusetzen. Nach dem im Juni präsentierten Anti-Korruptionspaket kostet Korruption die EU-Wirtschaft jährlich 120 Milliarden Euro, eine Summe, die fast dem jährlichen EU-Haushalt entspricht. Das Parlament wird am Mittwoch über den Resolutionsentwurf diskutieren und am Donnerstag abstimmen.

EU-Parlament stimmt über Aufhebung der Immunität von Hans-Peter Martin ab. . 14

Die Vollversammlung des Parlaments wird am Dienstag über den Antrag abstimmen, die parlamentarische Immunität des österreichischen Abgeordneten Hans-Peter Martin aufzuheben. Der Rechtsausschuss des Parlaments hat sich auf Anfrage der Wiener Staatsanwaltschaft für eine Aufhebung der Immunität Martins ausgesprochen. Martin wird die missbräuchliche Verwendung von Parteifördermitteln vorgeworfen.

Bessere Unterstützung für Unternehmerinnen in KMUs und für ältere Frauen auf dem Arbeitsmarkt..... 15

Unternehmerinnen kleiner und mittelständischer Firmen sollten eine bessere finanzielle und pädagogische Unterstützung erhalten. Dies wird in einem am Dienstag abzustimmenden Entschließungsentwurf gefordert. Derzeit ist in Europa nur eine von zehn Frauen Unternehmerin im Gegensatz zu Männern, unter denen jeder Vierte Unternehmer ist. Die Parlamentarier fordern zudem die Schaffung von Bedingungen, die es Frauen über 50 ermöglichen, auf dem Arbeitsmarkt zu bleiben bzw. in ihn zurückzukehren.

Weitere Punkte auf der Tagesordnung..... 16

.

Plenartagung

Pressedienst (Brüssel) :

Michaela FINDEIS

BXL: (+32) 2 28 31141

STR: (+33) 3 881 73603

PORT: (+32) 498 98 33 32

EMAIL: presse-de@europarl.europa.eu

Pressedienst (Brüssel) :

Ayla Sultan ÇIÇEK

BXL: (+32) 2 28 41009

STR: (+33) 3 881 74151

PORT: (+32) 498 98 13 37

EMAIL: presse-de@europarl.europa.eu

Pressedienst (Berlin) :

Jens POTTTHARST

STR: (+33) 3 881 64025

PORT: (+49) 151 17 257 196

EMAIL: jens.pottharst@europarl.europa.eu

ADDINFO: (+49) 30 22 80 12 00

Pressediens (Wien) :

Huberta HEINZEL

STR: (+33) 3 881 74646

PORT: (+43) 676 552 5981

EMAIL: huberta.heinzel@europarl.europa.eu

ADDINFO: (+43) 1 51 61 72 06

<http://www.europarl.europa.eu/de/pressroom/newsletter>

Weitere Informationen:

- [Tagesordnung](#)
- [Plenarsitzung live auf EuroparlTV](#)
- [Live-Übertragungen der Pressekonferenz auf EP Live](#)
- [Pressekonferenzen und weitere Veranstaltungen live](#)
- [Webseite des Audiovisuellen Dienstes des EP \(EN\)](#)

Plenartagung

Frontex erhält neue Befugnisse für eine effektivere EU-Grenzkontrolle

Europäische Grenzkontrollteams werden ab Ende 2011 die äußeren Grenzen der EU kontrollieren. Überdies wird ein Sonderinspekteur gewährleisten, dass die EU-Grundrechte bei Einsätzen der Grenzschutzagentur gewahrt bleiben. Am Dienstag wird das Europäische Parlament über die vorgeschlagenen Änderungen des Frontex-Mandats abstimmen.

Nach den neuen Regeln, auf die sich das Parlament und der Rat bereits provisorisch geeinigt haben, können Mitgliedstaaten die Bereitstellung von Personal und Ausrüstung der Frontex-Agentur nicht mehr verweigern. Zudem kann Frontex eigene Ausrüstung erwerben oder leasen und ist somit nicht mehr von Zuweisungen durch die Mitgliedstaaten abhängig. Das neue Mandat soll die Wirksamkeit von Frontex erhöhen.

In Verhandlungen mit dem Rat konnten die Abgeordneten die Einführung des Begriffs eines „Pools von EU-Grenzschutzbeamten“ durchsetzen. Dies soll die Effizienz der Agentur durch Zusammenführung der derzeitigen Unterstützungsteams und der Soforteinsatzteams steigern. Der Pool von Grenzschutzbeamten wird sich aus nationalen Grenzschutzbeamten zusammensetzen, die von den Mitgliedstaaten für gemeinsame Operationen, Soforteinsatzaufträge sowie Pilotprojekte entsandt werden.

Das Parlament setzte zudem einen Grundrechtsbeauftragten und ein Konsultationsforum für Grundrechtsfragen durch, die den leitenden Organen der Agentur zur Seite stehen und Zugang zu allen zur Wahrung der Grundrechte relevanten Informationen erhalten sollen. Dank dem neuen Mandat wird Frontex zu mehr Solidarität unter den Mitgliedstaaten beitragen, die insbesondere jenen Mitgliedstaaten zugute kommen soll, die "besonderen und unverhältnismäßigen Belastungen" durch Migration ausgesetzt sind.

Eine Pressekonferenz des Berichterstatters, Simon Busittil, ist für Dienstag, den 13. September 2011 um 15 Uhr, geplant (Änderungen vorbehalten).

Debatte: Dienstag, 13. September 2011

Abstimmung: Dienstag, 13. September 2011

Verfahren: Mitentscheidungsverfahren, erste Lesung

Weitere Informationen:

- [Entwurf der Einigung zwischen Parlament und Rat](#)
- [Pressemitteilung über die Abstimmung im Ausschuss vom 12.07.2011 \(EN\)](#)
- [Persönliche Daten des Berichterstatters Simon BUSUTTIL \(EVP, MT\)](#)
- [Legislative Beobachtungsstelle - Informationen zum Bericht \(EN/FR\)](#)

Plenartagung

Energiemarkt: Großhändler müssen Geschäfte künftig offenlegen

Am Mittwoch werden über neue Regeln abgestimmt, um Missbrauch im Energiegroßhandel vorzubeugen und damit den Endkunden zu schützen. Der Großhandel soll dadurch EU-weit unabhängig beobachtet werden, damit Mitgliedstaaten wettbewerbsfeindliches Verhalten vorbeugen und bestrafen können.

Die EU-Verordnung über die Integrität und Transparenz des Energiemarkts (REMIT) würde den Energiegroßhandel in der EU steuern, insbesondere Verträge und Derivate über Produktion, Versorgung und Transport von Erdgas und Elektrizität.

Die Agentur für die Zusammenarbeit der Energieregulierungsbehörden (ACER) würde Geschäfte überwachen und Daten für die Mitgliedstaaten bereitstellen, um ihnen bei der Untersuchung von Verstößen gegen die Verordnung zu helfen und Rechtsmittel durchzusetzen.

Um ACERs Befugnisse mit denen der nationalen Aufsichtsbehörden abzugleichen, würde deren Direktor verpflichtet sein, die Behörden bei REMIT-Belangen um Rat zu Fragen. Er würde aber nicht an deren Meinung gebunden sein.

Auf Antrag des Parlaments müssten alle Energiegroßhändler in der EU registriert werden und nationale Sanktionsregeln für Verstöße müssten genau den Schaden widerspiegeln, den sie bei Endnutzern angerichtet haben.

Weitere Schritte

Über den Text dieser Verordnung wurde sich bereits informell mit dem Rat geeinigt. Wenn die Verordnung formell in der ersten Lesung beschlossen wird, tritt sie 20 Tage nach Veröffentlichung im Amtsblatt der Europäischen Union in Kraft.

Debatte: Dienstag, 13. September 2011

Abstimmung: Mittwoch, 14. September 2011

Verfahren: Mitentscheidungsverfahren, erste Lesung

Weitere Informationen:

- [Berichtsentwurf über die Integrität und Transparenz des Energiemarkts](#)
- [Pressemitteilung zur Abstimmung im Ausschuss \(12.07.2011\) \(EN/FR\)](#)
- [Pressemitteilung von 26.05.2011 \(Trilog\) \(EN/FR\)](#)
- [Persönliche Daten des Berichterstatters Jorgo CHATZIMARKAKIS \(ALDE, DE\)](#)
- [Legislative Beobachtungsstelle - Informationen zum Bericht \(EN/FR\)](#)

Plenartagung

Debatte über die Krise in der Eurozone

Am Mittwochvormittag wird das Parlament mit Vertretern von Kommission und Rat über die andauernde Krise in der Eurozone diskutieren. Unmittelbare Interventionsmöglichkeiten wie die Erweiterung des EU-Rettungsmechanismus sowie langfristige Lösungen zur Wahrung der Stabilität in der Eurozone - etwa Eurobonds und Economic Governance - werden im Zentrum der Debatte stehen.

Debatte: Mittwoch, 14. September 2011

Verfahren: Stellungnahmen von Rat und Kommission

Plenartagung

Rat präsentiert gemeinsame Position zum Haushalt 2012

Der Rat der EU-Finanz- und Haushaltsminister wird nächsten Mittwoch in Straßburg seine Position zum Haushaltsvorschlag der Kommission für 2012 vorlegen. Die Minister wollen die Erhöhung des Haushalts auf 2,9 % bei den Zahlungsverpflichtungen (langfristige Schätzungen) und auf 2,02 % für tatsächliche Ausgaben beschränken. Die Kommission hat 3,7 % bzw. 4,9 % vorgeschlagen.

Der Haushaltsausschuss des Parlaments wird seine Empfehlung in der ersten Oktoberhälfte verabschieden, die Abstimmung im Plenum ist für 26. Oktober angesetzt. Am 1. November beginnt die Frist von 21 Tagen für die Vermittlung.

Voraussichtlicher Terminplan für das Haushaltsverfahren 2012	
20. April	Kommission präsentiert Haushaltsentwurf 2012
25. Juli	Verabschiedung der gemeinsamen Position im Rat
4.-6. Oktober (oder 11.-13.)	Abstimmung im Haushaltsausschuss des EP
19. Oktober	Haushalts-Trilog
26. Oktober	Verabschiedung der Position des EP im Plenum
1.-22. November	Vermittlungsausschuss
Dezember	Annahme des gemeinsamen Textes durch das Plenum

Debatte: Mittwoch, 14. September 2011

Abstimmung: Im Haushaltsausschuss in der ersten Oktoberhälfte, im Plenum am 26. Oktober

Verfahren: Haushalt

Weitere Informationen:

- [Kommission Haushaltsentwurf 2012](#)
- [Webtool: Der EU-Haushalt in Ihrem Land](#)
- [EU-Haushalt: Mythen und Fakten](#)
- [Persönliche Daten der Berichterstatterin Francesca BALZANI \(S&D, IT\)](#)

Plenartagung

Libyen, Syrien und die Hungersnot in Ostafrika

Die Abgeordneten werden am Mittwochnachmittag die neuesten Entwicklungen in Libyen und Syrien erörtern. Es soll überprüft werden, wie das libysche Volk unterstützt und welcher Beitrag zum Wiederaufbau des Landes geleistet werden können. Die EU hat vor kurzem Ölimporte aus Syrien in Reaktion auf Präsident Bashar al-Assads Niederschlagung der pro-demokratischen Demonstrationen verboten.

Die Europaparlamentarier werden zudem die Bemühungen um die Wiederbelebung der israelisch-palästinensischen Friedensverhandlungen diskutieren. Ein weiteres Thema ist die Absicht der Palästinenser, Mitte September bei der UN- Vollversammlung die Anerkennung eines eigenen Staates zu beantragen.

Hungersnot am Horn von Afrika

11 Millionen Menschen in Äthiopien, Kenia, Somalia und Dschibuti sind von der Kombination aus Konflikt und Dürre betroffen. Da die Krise bis zum nächsten Jahr andauern wird, werden die EU-Abgeordneten die Aufstockung der humanitären Hilfe fordern.

Debatte: Mittwoch, 14. September (Libyen und Syrien) // 15. September (Hungersnot in Ostafrika)

Abstimmung: Donnerstag, 15. September (Syrien und Ostafrika)

(Die Abstimmung über die Resolution zur Situation in Libyen findet in September II statt.)

Weitere Informationen:

- [Entschließung von 7. Juli 2011 - Lage in Syrien, Jemen und Bahrain](#)
- [Factsheet über das Horn von Afrika \(EN\)](#)

Plenartagung

Polnischer Präsident spricht vor dem Europäischen Parlament

Polens Präsident Bronislaw Komorowski wird in einer feierlichen Sitzung am Dienstagmittag zu den Europaabgeordneten in Straßburg sprechen. Polen hat derzeit den Ratsvorsitz der EU, der turnusmäßig alle sechs Monate wechselt, inne.

Feierliche Sitzung: Dienstag, 13. September 2011, 12:00 bis 12:30

*Gemeinsame Pressekonferenz von EP-Präsident Jerzy Buzek und Präsident Komorowski:
Dienstag, 13. September 2011, 12:35*

Weitere Informationen:

- [Biographie des Präsidenten Komorowski](#)

Plenartagung

Kosten und Wirksamkeit von 10 Jahren Anti-Terrorismuspolitik

Maßnahmen und Ausgaben zur Bekämpfung von Terrorismus in Europa nach dem 11. September 2001 sollten einer fundierten Bewertung unterzogen werden. Diese umstrittene Forderung ist Gegenstand eines Entschließungsantrags des Ausschusses für Bürgerrechte, der dem Plenum am Dienstag zur Abstimmung vorgelegt wird. Maßnahmen zum Schutz vor Terrorismus müssen verhältnismäßig sein, das heißt dem Grad der Bedrohung angemessen, so in dem Entschließungsentwurf.

Zehn Jahre nach den Terroranschlägen in New York und Washington am 11. September 2001 muss die Anti-Terrorismus-Politik einer Evaluierung unterzogen werden, um zu untersuchen, ob die bislang getroffenen Maßnahmen faktengestützt sind und welche Auswirkungen sie auf die bürgerlichen Freiheiten haben, heißt es in dem Entwurf. Die Abgeordneten fordern von der Kommission, eine "Landkarte" aller Anti-Terrorismus-Maßnahmen auf Ebene der Mitgliedstaaten sowie auf EU-Ebene zu erstellen, um eine Grundlage für die Bewertung zu schaffen.

Kosten der Terrorbekämpfung

Die Kommission soll zudem einen detaillierten Bericht über alle EU-Mittel vorlegen, die zur Bekämpfung von Terrorismus ausgegeben wurden, sei es für Personal oder für IT-Systeme und Datenbanken. Überdies sollen sie eine Studie erstellen, aus der hervorgeht, welche Kosten vom privaten Sektor getragen werden und welche Privatsektoren von Anti-Terrorismus-Maßnahmen profitieren.

Der Entschließungsantrag war vom Ausschuss mit 29 Ja-Stimmen gegen 24 Nein-Stimmen angenommen worden. Die Abgeordneten der Fraktionen EVP, EKR und EDF stimmten dagegen.

Debatte: Montag, 12. September 2011

Abstimmung: Dienstag, 13. September 2011

Verfahren: Nichtbindende Resolution

Weitere Informationen:

- [Entwurf einer Entschließung zur Politik der Terrorismusbekämpfung](#)
- [Pressemitteilung zur Abstimmung im Ausschuss \(13.07.2011\) \(EN/FR\)](#)
- [Persönliche Daten der Berichterstatterin Sophia in't VELD \(ALDE, NL\)](#)
- [Legislative Beobachtungsstelle - Informationen zum Bericht \(EN/FR\)](#)

Plenartagung

Offshore-Bohrungen: Forderung nach Verstärkung des Umweltschutzes

Offshore-Bohrungen nach Öl oder Gas in der EU sollte nur erlaubt werden, wenn die Firma einen angemessenen Notfallplan vorgelegt hat und wenn sie über ausreichende Mittel zur möglichen Reparatur der Umwelt verfügt. "Informanten" sollen angemessen geschützt werden.

Geforderte standortspezifische Pläne für alle Bohrungen, die von den relevanten Mitgliedstaaten vor dem Start irgendwelcher Bohrungen genehmigt werden müssen, würden die Umwelt besser schützen. Dies besagt ein Resolutionsentwurf im Blick auf einen neuen Gesetzentwurf, der in diesem Herbst vorgelegt wird.

Bezüglich der finanziellen Haftung, heißt es in dem Entwurf, dass den Erdöl- und Erdgasunternehmen vorgeschrieben werden muss, im Lizenzierungsverfahren zu belegen, dass ihre finanzielle Leistungsfähigkeit ausreicht, um "die Sanierung in Bezug auf die im Rahmen ihrer spezifischen Tätigkeiten verursachten Umweltschäden" zu gewährleisten.

Die EU-Abgeordneten schlagen zudem vor, dass "Informanten" geschützt werden sollen. So können Arbeitnehmer Sicherheitsmängel oder -risiken anonym, ohne Schikanie zu befürchten zu müssen, melden.

Debatte: Montag, 12. September 2011

Abstimmung: Dienstag, 13. September 2011

Verfahren: Nichtbindende Resolution

Weitere Informationen:

- [Berichtsentwurf über "Sicherheit von Offshore-Erdöl- und Erdgasaktivitäten – eine Herausforderung"](#)
- [Pressemitteilung zur Abstimmung im Ausschuss \(12.07.2011\) \(EN/FR\)](#)
- [Entschließung des EP vom 7. Oktober 2010 zu EU-Maßnahmen zur Ölexploration und Ölförderung in Europa](#)
- [Persönliche Daten der Berichterstatterin Vicky FORD \(EKR, UK\)](#)
- [Legislative Beobachtungsstelle - Informationen zum Bericht \(EN/FR\)](#)

Plenartagung

Österreichische und niederländische Arbeitslose sollen EU-Unterstützung erhalten

Das Parlament wird am 14. September über die Freigabe von 9 506 036 Euro aus dem Europäischen Globalisierungsfond abstimmen. Die Geldmittel sollen 430 Arbeitern in Österreich zugute kommen, die ihren Arbeitsplatz in 55 Betrieben der Metall- und Elektronikindustrie verloren haben.

Abgestimmt wird auch über Unterstützungszahlungen in der Höhe von 5 884 197 Euro für 1764 Arbeiter aus 101 Unternehmen, die ihre Anstellung im niederländischen Druckereigewerbe verloren haben.

Debatte: Mittwoch, 14. September 2011

Abstimmung: Mittwoch, 14. September 2011

Verfahren: Haushalt

Weitere Informationen:

- [Pressemitteilung zur Abstimmung im Ausschuss \(08.09.2011\)](#)
- [Persönliche Daten der Berichterstatterin Barbara MATERA \(EVP, IT\)](#)
- [Legislative Beobachtungsstelle - Informationen zum Bericht \(EN/FR\)](#)
- [Legislative Beobachtungsstelle - Informationen zum Bericht \(EN/FR\)](#)
- [Legislative Beobachtungsstelle - Informationen zum Bericht \(EN/FR\)](#)
- [Legislative Beobachtungsstelle - Informationen zum Bericht \(EN/FR\)](#)
- [Legislative Beobachtungsstelle - Informationen zum Bericht \(EN/FR\)](#)
- [Legislative Beobachtungsstelle - Informationen zum Bericht \(EN/FR\)](#)
- [Legislative Beobachtungsstelle - Informationen zum Bericht \(EN/FR\)](#)

Plenartagung

Den Kampf gegen Korruption in EU-Ländern verstärken

Die EU-Parlamentarier drängen den Rat und die Kommission, sich eines starken politischen Einsatzes aller EU-Ländern zu versichern, um Korruption zu bekämpfen und Regeln, die darauf abzielen, stärker durchzusetzen. Nach dem im Juni präsentierten Anti-Korruptionspaket kostet Korruption die EU-Wirtschaft jährlich 120 Milliarden Euro, eine Summe, die fast dem jährlichen EU-Haushalt entspricht. Das Parlament wird am Mittwoch über den Resolutionsentwurf diskutieren und am Donnerstag abstimmen.

Die politischen Fraktionen warnen vor der "zerstörenden Auswirkung" von Korruption auf die finanziellen Mittel der Mitgliedstaaten, auf die wirtschaftliche Integrität der Märkte und auf das Vertrauen der Bürger in ihre Regierungen.

Debatte: Mittwoch, 14. September 2011

Abstimmung: Donnerstag, 15. September 2011

Verfahren: Mündliche Fragen und nichtbindende Resolution

Weitere Informationen:

- [Mündliche Frage der EVP-Fraktion an den Rat](#)
- [Mündliche Frage der EVP-Fraktion an die Kommission](#)
- [Mündliche Frage der VEL/NGL-Fraktion an den Rat](#)
- [Mündliche Frage der VEL/NGL-Fraktion an die Kommission](#)
- [Mündliche Frage der Grünen/EFA-Fraktion an den Rat](#)
- [Mündliche Fragen Grünen/EFA-Fraktion an die Kommission](#)

Plenartagung

EU-Parlament stimmt über Aufhebung der Immunität von Hans-Peter Martin ab

Die Vollversammlung des Parlaments wird am Dienstag über den Antrag abstimmen, die parlamentarische Immunität des österreichischen Abgeordneten Hans-Peter Martin aufzuheben. Der Rechtsausschuss des Parlaments hat sich auf Anfrage der Wiener Staatsanwaltschaft für eine Aufhebung der Immunität Martins ausgesprochen. Martin wird die missbräuchliche Verwendung von Parteifördermitteln vorgeworfen.

Abstimmung: Dienstag, 13. September 2011

Verfahren: Immunitätsverfahren

Weitere Informationen:

- [Berichtsentwurf zum Antrag auf Aufhebung der Immunität Hans-Peter Martins](#)
- [Persönliche Daten des Berichtstatters Tadeusz ZWIEFKA \(EVP, PL\)](#)
- [Persönliche Daten des Berichtstatters Hans-Peter MARTIN \(NI, AT\)](#)
- [Legislative Beobachtungsstelle - Informationen zum Bericht \(EN/FR\)](#)
- [Geschäftsordnung des EP, Artikel 5: Vorrechte und Befreiungen](#)
- [Artikel 6: Aufhebung der Immunität](#)
- [Artikel 7: Immunitätsverfahren](#)

Plenartagung

Bessere Unterstützung für Unternehmerinnen in KMUs und für ältere Frauen auf dem Arbeitsmarkt

Unternehmerinnen kleiner und mittelständischer Firmen sollten eine bessere finanzielle und pädagogische Unterstützung erhalten. Dies wird in einem am Dienstag abzustimmenden Entschließungsentwurf gefordert. Derzeit ist in Europa nur eine von zehn Frauen Unternehmerin im Gegensatz zu Männern, unter denen jeder Vierte Unternehmer ist. Die Parlamentarier fordern zudem die Schaffung von Bedingungen, die es Frauen über 50 ermöglichen, auf dem Arbeitsmarkt zu bleiben bzw. in ihn zurückzukehren.

Debatte: Montag, 12. September 2011

Abstimmung: Dienstag, 13. September 2011

Verfahren: Nichtbindende Resolutionen

Weitere Informationen:

- [Entwurf über unternehmerische Tätigkeit von Frauen in kleinen und mittelständischen Unternehmen](#)
- [Pressemitteilung zur Abstimmung im Ausschuss über Unternehmerinnen in KMU \(23.05.2011\)](#)
- [Persönliche Daten der Berichterstatterin Marina YANNAKOUDAKIS \(EKR, UK\)](#)
- [Legislative Beobachtungsstelle - Informationen zum Bericht \(EN/FR\) \(Marina Yannakoudakis\)](#)
- [Entwurf über die Lage der Frauen kurz vor dem Rentenalter](#)
- [Persönliche Daten der Berichterstatterin Edit BAUER \(EVP, SK\)](#)
- [Legislative Beobachtungsstelle - Informationen zum Bericht \(EN/FR\) \(Edit Bauer\)](#)

Plenartagung

Weitere Punkte auf der Tagesordnung

- Internationales Tropenholz-Übereinkommen 2006
- Gemeinschaftsregelung für die Kontrolle der Ausfuhr, der Verbringung, der Vermittlung und der Durchfuhr von Gütern mit doppeltem Verwendungszweck
- Zugang der Öffentlichkeit zu Dokumenten
- Bessere Rechtsetzung, Subsidiarität, Verhältnismäßigkeit und intelligente Regulierung
- Jahresbericht über die Kontrolle der Anwendung des EU-Rechts
- Änderung der Geschäftsordnung in Bezug auf die Anhörungen der designierten Kommissionsmitglieder
- Abschlussprüfung: Lehren aus der Krise
- EU-Strategie zur Bekämpfung der Obdachlosigkeit